

werden. Das Ziel war, zunächst einige Patenschaften im Kreise abzuschließen, um aus ihrer Tätigkeit weitere Schlüsse für diese Arbeit und für die Führung der Partei ziehen zu können. Die gleiche Empfehlung erhielten auch die Genossen der Abteilung Volksbildung beim Rat des Kreises, die gleichzeitig die Schulleitungen an diese Aufgabe heranführen sollten.

Die Schulparteiorganisationen begannen ihre Arbeit damit, daß sie über die Bedeutung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei auch auf dem Gebiete des Schulwesens Klarheit schufen. Dies geschah in den Parteiorganisationen selbst sowie dann durch die Genossen in den Gewerkschaftsgruppen und Pädagogischen Räten. Wie notwendig und richtig es war, diese politischen Grundfragen an den Anfang zu stellen, zeigte die Diskussion. Allgemein gesehen, kam sie gut voran, denn diese Frage wurde nicht zum ersten Male diskutiert. Zudem hatten die meisten Lehrer — vor allem durch den Unterrichtstag in der Produktion — bereits gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Arbeitern gesammelt. Auch die Teilnahme eines großen Teils der Lehrer am Partei-schuljahr wirkte sich günstig aus.

Trotz alledem mußten sich zahlreiche Schulparteiorganisationen mit Bedenken von Lehrern beschäftigen, die gegen den neuen Inhalt der Patenschaftsverträge vorgebracht wurden. Im wesentlichen bestanden die Einwände darin, daß dadurch eine zusätzliche Belastung für die Lehrer entstände und daß darüber hinaus eine „Kontrolle“ ihrer Tätigkeit eintrete. Die Genossen in den Schulen antworteten darauf: In unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat ist durch die Schulordnung und das Schulgesetz den Schul- und Klassenleitern sowie allen Lehrern die volle Verantwortung für ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit gesetzlich übertragen worden. Durch die neue Form der Patenschaftsarbeit wird den Lehrern gar nichts von ihrer Verantwortung genommen. Darüber hinaus hat die Patenschaftsarbeit überhaupt nichts mit einer „Kontrolle“ gemein, wie sie von einigen Lehrern gesehen wird.

Im Gegenteil. Durch die Patenschaftsarbeit der Brigaden mit den Schulklassen können sich die Lehrer in ihrer verantwortungsvollen Funktion auf die stärkste gesellschaftliche Kraft in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat stützen — auf die Arbeiterklasse. Ihre reichen Kampf- und Produktionserfahrungen sind eine unersetzliche Hilfe bei der lebens- und praxisverbundenen Bildungs- und Erziehungsarbeit unserer Schulen. Nur in einem sozialistischen Staat ist diese Unterstützung durch die Arbeiterklasse und alle Werktätigen möglich, da die Schule mehr und mehr zur Sache des ganzen Volkes wird. Mit diesen Argumenten widerlegten die Genossen die „Theorien“ von einer Belastung und einer falsch verstandenen Kontrolle; sie wiesen nach, daß in letzter Konsequenz durch die Patenschaft auf neuer Grundlage eine spürbare Entlastung für die Lehrer eintritt. Bei ihrer Überzeugungsarbeit werteten die Schulparteiorganisationen gleichzeitig die guten Erfahrungen aus, die es bereits seit langem aus der Zusammenarbeit zwischen Arbeiterklasse und Schule gibt: Mitarbeit im Elternbeirat, Patenschaftsarbeit Betrieb—Schule, Unterrichtstag in der Produktion usw. Nachdem politisch-ideologische Klarheit geschaffen war, konnte mit der organisatorischen Arbeit begonnen werden.

So hat beispielsweise die Schulparteiorganisation Zscherndorf darauf orientiert, zunächst einmal mit Klassen vom 5. Schuljahr an Patenschaftsverträge mit Brigaden des Patenbetriebes (VEB Rohrleitungsbau Bitterfeld) abzuschließen. Der Genosse Direktor wurde beauftragt, darüber im Pädagogischen Rat zu sprechen. Die Klassenleiter stimmten zu. Bald wurden Aussprachen zwischen Schule und Betrieb, zwischen Brigaden und Schülern und ihrer Pionierorganisation herbeigeführt. Den ersten Vertrag schloß die Brigade „V. FDGB-Kongreß“ (Brigade der sozialistischen Arbeit) mit der 8. Klasse ab.

Von der Schulparteiorganisation wurde veranlaßt, daß in den gewerkschaftlichen Zusammenkünften und im Pädagogischen Rat ständig die Erfahrungen aus dieser Patenschaftsarbeit ausgewertet